



Niederschrift

Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg

19. Wahlperiode - 9. Sitzung

am Dienstag, dem 4. Februar 2020, 13:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Kai Vogel (SPD)

Vorsitzender

Wolf Rüder Fehrs (CDU)

Lukas Kilian (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Tobias von Pein (SPD)

Kathrin Bockey (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Eka von Kalben

Stephan Holowaty (FDP)

Jörg Nobis (AfD)

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Barbara Ostmeier (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion	5
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1931	
2. Verschiedenes	6

Der Vorsitzende, Abg. Vogel, eröffnet die Sitzung um 13:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Nobis Absetzung des Tagesordnungspunkts 1, da der Zusammenarbeitsausschuss grundsätzlich gemeinsam mit dem hamburgischen Pendant beraten solle.

Abg. Strehlau weist darauf hin, dass die zum OECD-Bericht eingerichteten Arbeitsgruppen jetzt tagten und daher jetzt über diese Fragen zu diskutieren sei. Grundsätzlich sei es aber richtig, dass der Zusammenarbeitsausschuss gemeinsam mit dem hamburgischen Ausschuss tage.

Abg. Holowaty regt an, dass der Zusammenarbeitsausschuss in Zukunft grundsätzlich zur Vorbereitung der gemeinsamen Sitzungen zunächst ohne hamburgischen Ausschuss tagen könne, um eine gemeinsame schleswig-holsteinische Position zu den anstehenden Themen zu einen. - Abg. Harms stimmt dem zu, es sei wichtig, über diejenigen Fragen hinaus, die zwischen beiden Bundesländern einig seien, auch über strittige Fragen zu beraten und hierzu zunächst innerhalb des schleswig-holsteinischen Ausschusses zu einer Einigung zu kommen.

Abg. Vogel stimmt den Vorrednern zu. Es habe in der Vergangenheit mitunter sehr lang gedauert, fraktionsübergreifende Anträge in beiden Bundesländern zu einen. - Auch Abg. Bockey spricht sich für diese Vorgehensweise aus. Es gehe darum, im offenen Umgang zwischen den Fraktionen des Landtags zu einer schleswig-holsteinischen Position zu finden.

Angesichts der Debatte zieht Abg. Nobis daraufhin den Antrag auf Vertagung zurück. Sodann wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung einstimmig gebilligt.

1. **Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1931](#)

(überwiesen am 23. Januar 2020 an den **Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg** und an den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Europaausschuss und den Bildungsausschuss)

Abg. Bockey spricht sich dafür aus, im federführenden Zusammenarbeitsausschuss nicht nur auf die Beratungsergebnisse der mitberatenden Ausschüsse zu warten, sondern den Antrag gemeinsam mit den mitberatenden Ausschüssen zu beraten. - Abg. Harms meint, der Zusammenarbeitsausschuss müsse hier eine Koordinierungsfunktion erfüllen. Unter Umständen sei es sinnvoll, zu einzelnen Themenschwerpunkten des Antrags wie auch des angekündigten Berichts der Landesregierung zur Metropolregion (zum Berichtsantrag Drucksache 19/1795) mit den jeweiligen Fachausschüssen zu beraten. Es sei wichtig, beim Umgang mit dem OECD-Bericht, wie insgesamt bei der Arbeit des Zusammenarbeitsausschusses, das Gegeneinander von Opposition einerseits und Regierung und Regierungsfractionen andererseits zu überwinden.

Abg. Holowaty erinnert an den einstimmigen Landtagsbeschluss, der die Landesregierung zur Berichterstattung über den OECD-Bericht auffordere. - Abg. Vogel entgegnet, der vorliegende Antrag sei so zu verstehen, dass der Landtag eigene Initiativen entwickle und Schwerpunkte setze. - Abg. von Pein schließt sich Abg. Vogel an. Es bestehe die Gefahr, dass die mitberatenden Ausschüsse den Antrag wie den OECD-Bericht insgesamt zu oberflächlich berieten.

Nach kurzer Verfahrensdiskussion äußert der Ausschuss einmütig die Erwartung, dass die mitberatenden Ausschüsse sich mit den sie berührenden Punkten des Antrags der Fraktion der SPD - gegebenenfalls mit Vertretern der Landesregierung - befassen und dem Zusammenarbeitsausschuss hierzu eine inhaltliche Empfehlung abgeben. Ferner kommt der Ausschuss überein, in einer weiteren Sitzung ohne hamburgischen Ausschuss mit der Landesregierung zu dem Antrag zu beraten (voraussichtlich dienstags 12:30 Uhr bis 14:00 Uhr).

2. Verschiedenes

Zu dem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Vogel, schließt die Sitzung um 13:30 Uhr.

gez. Kai Vogel
Vorsitzender

gez. Dr. Sebastian Galka
Geschäfts- und Protokollführer